

Mittelpunkt steht aber die eigene Problematik, nicht die des anderen. Man trifft sich, weil man sich gleich. Die Kirche hält eine universale Konzeption aufrecht trotz religiöser Gemeinschaften, die immer mehr die Ähnlichkeit ihrer Mitglieder zur Grundlage haben.

HK: Wie verändert sich unter diesen Bedingungen das Selbstverständnis von Kirchen als Konfessionen, die sich – trotz aller legitimer und notwendiger Öffnung zu den anderen – Identitäten ausbilden und sich unterscheiden? Kann Religion unter den Bedingungen einer modernen Kultur nur überleben, wenn sie sich inter-konfessionell, inter-religiös gibt?

Hervieu-Léger: Das konfessionelle Element verschwindet nicht, es verschiebt sich. In Frankreich erleben wir gegenwärtig die Betonung einer Ethik der großen Religionen. Das Interreligiöse ist nicht das Gegenteil des Konfessionellen. Das Interreligiöse trägt zur Rekonstruktion der konfessionellen Verbindung bei. Sinnvoll ist das Einbringen der unterschiedlichen Traditionen. Es gibt eine ethische Konvergenz, die Vertreter unterschiedlichster religiöser und konfes-

sioneller Gruppen gemeinsam auftreten läßt. So kommen der Rektor der Großen Moschee von Paris, der Präsident des israelitischen Konsistoriums, der Präsident des Bundes der Evangelischen Kirchen, der orthodoxe Metropolit und der Vorsitzende der Bischofskonferenz immer häufiger zu einer gemeinsamen Sprache. Indem sie dies tun, treten sie für die Spezifität ihrer unterschiedlichen Traditionen ein.

HK: Wobei sich aber an die religiöse bzw. konfessionelle Identität mancherlei außerreligiöse Bedürfnisse heften können, wenn man etwa an rechtsextreme Bestrebungen denkt.

Hervieu-Léger: Man kann heute geradezu eine Wiederentdeckung der konfessionellen Identität unabhängig von ihrem spirituell-religiösen Inhalt feststellen. Etwa wenn man den Katholizismus instrumentalisiert und gesagt wird: Wir sind Franzosen und Katholiken, mit anderen Worten: keine Muslime. Die Bischöfe stehen in dieser Situation vor der Aufgabe, einerseits die legitime Pluralität des Interreligiösen deutlich zu machen, andererseits aber die Instrumentalisierungen konfessioneller Identitäten zurückzuweisen.

Union in solidarischem Geist

Die Einführung des Euro im Licht der katholischen Soziallehre

*Am 2. Mai entscheidet in London der Rat der Europäischen Union über die Teilnehmerländer der Europäischen Währungsunion. Deren sozialen Folgen widmete sich Ende Februar in Brüssel ein Kongreß der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComeECE). Die Währungsunion „im Kontext globaler Märkte“ beleuchtete dabei vom Standpunkt der katholischen Soziallehre aus der Sekretär des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, Diarmuid Martin. Wir veröffentlichen seinen Beitrag in einer von der Redaktion erstellten Übersetzung.*

Zweifellos ist es nicht Aufgabe der Sozialverkündigung der katholischen Kirche, sich direkt in die Analyse eines so komplexen Unternehmens wie einer Währungsunion einzumischen, einer Herausforderung, die nicht nur im Sinne ihrer technischen Durchführung komplex ist, sondern bei der auch Vielfalt in der Betrachtungsweise und unterschiedliche Interpretationen vollkommen legitim sind. Zugleich spüre ich eben auch ein gewisses Unbehagen angesichts der Art und Weise, wie gelegentlich in der kirchlichen Sozialverkündigung einerseits betont wird, die Kirche habe keinen Auftrag, konkrete Lösungen anzubieten, man dann sich jedoch anschickt, die Lösungsversuche anderer zu kritisieren. Für mich zumindest riecht eine solche Position gelegentlich nach dem Wunsch, das Beste beider Welten haben zu wollen. Es ist sicherlich nicht immer einfach, beides zu verbinden, die Lehre des Zweiten Vatikanums von der „legitimen Au-

tonomie der irdischen Wirklichkeiten“ (Gaudium et spes Nr. 36) mit der notwendigen Erinnerung daran, daß kein Aspekt im modernen Leben davon ausgenommen ist, hinsichtlich seiner Handlungskriterien einer grundlegenden ethischen Prüfung unterzogen zu werden.

Die Sozialverkündigung kann sich nicht auf allgemeine Prinzipien beschränken

Die Kirche darf den Gläubigen keine Sichtweisen aufbürden, die im letzten nicht den Forderungen des Evangeliums entsprechen. Sie kann sie ebensowenig dort auf eine einzige Position verpflichten, wo die Vielfalt der Standpunkte unter den Gläubigen schlechterdings legitim ist. Auf der anderen

Seite ist vollkommen klar, daß die Soziallehre der Kirche sich nicht abseits der gegenwärtigen Welt stellen oder nur allgemeine Prinzipien verkünden kann. Die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* hat mit der Anerkennung der Autonomie der irdischen Wirklichkeiten unmißverständlich zugleich die Pflicht der Kirche zum Dialog mit den realen Gegebenheiten der Welt unterstrichen.

Ethik bezieht sich auf die reale Welt. Die ethische Dimension des Wirtschaftens ist ebenso real wie jede andere Dimension und muß immer in Betracht gezogen werden. Der freie Markt folgt zwar seinen eigenen Regeln. Dies bedeutet jedoch nicht, daß er von einer ethischen Überprüfung ausgenommen wäre, oder daß die Akteure des Wirtschaftslebens nicht ebenso soziale Verpflichtungen hätten wie die, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten. Überdies braucht der freie Markt, damit er – nach seinen eigenen Gesetzen – überhaupt funktionsfähig ist, einen klaren ethischen und gesetzlichen Rahmen.

Die kirchliche Soziallehre ebenso wie die Ethiker sind herausgefordert, Problemstellungen und Leitvorstellungen zu benennen, die über ein nur vages ethisches Gefühl hinausführen zu wirkungsvollen und auch umsetzungsfähigen Prinzipien für die wirtschaftliche Beziehungen zwischen Nationen und Volkswirtschaften in der heutigen globalisierten Welt. Ich habe oft den Eindruck, daß Aussagen, wie sie beispielsweise Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1998 getroffen hat, allseits akzeptiert werden: „Globalisierung in Solidarität, Globalisierung ohne Marginalisierung“ (Nr. 3). Nur befürchte ich, daß bei der Umsetzung solcher Aussagen in konkrete Praxis Solidarität meist eine wundervolle Absicht ohne Beziehung zur „realen Welt“ bleibt. Die Wirtschaft geht ihren eigenen Weg, und die Solidarität wird individueller Menschenliebe überlassen oder delegiert an die verschiedenen Netze Sozialer Sicherheit, für die andere zu sorgen haben.

Es ist immer problematisch, ethische Grundsätze abstrakt einzuführen. Um Wirkung entfalten zu können, muß der ethische Diskurs aufzeigen, welche grundlegenden Handlungen sich am besten eignen, damit das erwünschte Ziel erreicht werden kann; zumindest sollte die angemessenste Grundrichtung gewiesen werden. Gerade aber im wirtschaftlichen Bereich lehrt die Erfahrung, daß sich die Kirche nicht immer leicht tat, den richtigen Weg zu finden.

Nicht zuletzt aus dem mangelnden Vermögen der Kirche, das wirtschaftliche System wirklich zu verstehen, folgte in der Vergangenheit häufig die offenkundige Neigung zu verschiedenen „Dritten Wegen“. Es läßt sich nicht leugnen, daß es der Kirche nicht leicht fiel, sich mit „Markt“ und „Wettbewerb“ anzufreunden, erst recht nicht mit einem Konzept wie der „Spekulation“. Besonders seit der Enzyklika „*Centesimus Annus*“ hat sich ein gehaltvollerer Dialog zwischen der Kirche und den Marktkräften etabliert. Jedoch gibt es einige, die die anfanghafte Begeisterung für den Markt, wie sie sie Johannes Paul II. in der Enzyklika zeigte, schon wieder schwinden sehen. Der Papst scheint von der Überzeugung

abgerückt zu sein, daß der freie Markt „das wirkungsvollste Instrument für die Anlage der Ressourcen und die beste Befriedigung der Bedürfnisse“ sei (Nr. 34); er sei im Begriff, zu der früheren kritischen Einstellung gegenüber einem „wildem Kapitalismus“ zurückzukehren. Andere mögen entgegen, der Papst bleibe seinen Überzeugungen durchaus treu, aber die konkrete Praxis des Marktes selbst folge in manchen Teilen der Erde nicht den eigenen Prinzipien.

Ein erfahrener Botschafter, der Anfang der 90er Jahre sein Amt beim Heiligen Stuhl antrat, bemerkte mir gegenüber: „Wissen Sie, angesichts der Veränderungen in Europa habe ich erwartet, daß man beim Heiligen Stuhl Osteuropa größere Aufmerksamkeit schenkt als Westeuropa. Aber das Erstaunlichste für mich war zu sehen, wie sehr man sich im Vatikan dem Süden widmete.“ Aus organisatorischen Gründen gehört der Vatikan bei den Vereinten Nationen zu der Gruppe „Westeuropa und andere Staaten“. Zweifellos aber unterscheiden sich die Positionen des Heiligen Stuhls manchmal recht deutlich von denen anderer westeuropäischer Länder, und immer weniger folgen sie einer ausschließlich westeuropäischen Perspektive. Daher wird die Sozialverkündigung der Kirche die Europäische Währungsunion nicht vom genau gleichen Standpunkt aus betrachten wie andere westliche Regierungen, ihre Währungs- und Finanzinstitutionen oder auch die Bevölkerung westeuropäischer Länder.

Der Vorrang der Person vor der Wirtschaft

Der Heilige Stuhl grenzt sich nicht gegenüber den grundlegenden Prinzipien ab, die die westeuropäischen Demokratien prägen. Ganz im Gegenteil! Die Kirche ist stolz auf ihren eigenen Beitrag zu diesem Gesellschaftssystem. Die Kirche stärkt den Geist, der die sich herausbildenden europäischen Institutionen beflügelt, die selbst viel den schöpferischen Vorstellungen und Visionen christlicher Politiker und Denker aus ganz Europa verdanken.

Man hat oft gesagt, die katholische Kirche sei quasi von ihrem Wesen her ein wichtiger Mitspieler im aktuellen Globalisierungsprozeß. Das stimmt. Aber es bleibt wichtig, daran zu erinnern, daß dies nicht zuerst in der weltweiten Ausbreitung der Kirche begründet ist, als ob es um ein internationales Unternehmen auf spirituellem Gebiet ginge. Sie ist es vielmehr ihres Auftrags wegen, Zeichen für die Einheit der Menschheit zu sein. Diese Einheit ist Gottes Wille vom Anbeginn der Schöpfung an. Gott schuf die Menschheit als eine einzige menschliche Familie, berufen zu einem Leben in Harmonie und im gerechten Teilen und Hegen aller Schöpfungsgüter, die wesentlich bestimmt wurden zum Wohle aller.

Die kirchliche Soziallehre betont, daß die Wirtschaft dem Menschen und der Menschheitsfamilie dient. So wie sie traditionell den „Vorrang der Arbeit vor dem Kapital“ hervorhob, verweist sie heute auf einen „Vorrang der Person vor der Wirtschaft“.

Das bedeutet nicht, einen radikalen Gegensatz zwischen menschlicher Person und Wirtschaft zu konstruieren oder die Grundregeln der Wirtschaft im Namen eines allgemeinen Humanitätsdenkens zu verwerfen. Wenn wir geltend machen, die Wirtschaft habe dem Menschen zu dienen, meinen wir damit zuallererst, daß ihr Verantwortung für das Wohl des Einzelnen wie der Gesellschaft zukommt. Weit entfernt von einer Ablehnung der Wirtschaft, gilt es zu zeigen, daß mangelnde Sorge für die Funktionsfähigkeit und Gesundheit der Wirtschaft einen Mangel an Verantwortung und Dienst für den Menschen und die Gesellschaft bedeutet. Wenn es uns beispielsweise nicht gelingt, die notwendige ethische und rechtliche Rahmenordnung zu garantieren und wir es versäumen, die konkrete wirtschaftliche Praxis auf diesen Rahmen zu verpflichten, scheitern wir in unserem Dienst am Menschen.

In diesem Sinn verlangt die kirchliche Sozialverkündigung in der Tat besonders von allen, die im Markt agieren, dies bestmöglich zu tun. Mangel an Transparenz, Korruption, ein nur an kurzfristigem politischem Opportunismus ausgerichtetes Handeln, Halbheiten dort, wo umfassende Antworten verlangt sind: dies alles sind Bereiche, in denen mangelndes Bemühen um die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft langfristig zu Instabilität und Unsicherheit führt; zu einem gefährlichen wirtschaftlichen Klima, in welchem die Ärmsten unserer Gesellschaften unausweichlich die am stärksten betroffenen Opfer sind.

Die Erfahrung anderer Regionen lehrt, daß nicht nur der Mangel an Transparenz Volkswirtschaften ebenso wie die Bevölkerung gefährdet: Gleiches gilt für den fehlenden Austausch grundlegender Informationen, sowohl national wie zwischen besonders miteinander verbundenen Volkswirtschaften, und die aus Verstößen gegen Marktgesetze herrührenden Spannungen zwischen Regierungen, Industrie und Kapital.

Somit sind diejenigen, die die Zukunft der Europäischen Währungsunion gestalten, zuallererst moralisch verpflichtet, deren sicheres und tragfähiges Fundament zu garantieren. Halbherzigkeiten, oberflächliche Lösungen, „kreative Buchführung“, fehlende Transparenz und eine nachlässige Selbstverpflichtung gegenüber den grundlegenden Vorstellungen und Ideen zeigen beispielhaft, wie das Verhalten einzelner den Prozeß gefährdet, der dazu bestimmt ist, dem Wohl aller zu dienen. Dies gilt zuallererst heute, wo es um den Aufbau eines wirklich innovativen Gebäudes geht, das sowohl wirtschaftlich wie kulturell höchst komplex ist, wo jede einzelne tragende Struktur solide und am richtigen Platz sein muß, wenn sein langfristiger Bestand gewährleistet sein soll.

Dies trifft in besonderer Weise gerade in der Phase zu, in der die Fundamente der Europäischen Währungsunion gelegt werden. Sogar innerhalb der Europäischen Union, die vielleicht derzeit das am weitesten entwickelte Beispiel einer funktionierenden übernationalen Einheit darstellt, bleiben nationale Interessen außerordentlich bestimmend. Ob wir wollen oder nicht, wir besitzen nur ein einziges, aber schein-

bar ungeeignetes Instrument, um von einer internationalen Ordnung, die auf der Wechselseitigkeit souveräner Staaten basiert, zu einer Institution übernationaler Einheiten zu gelangen, die weitergehende gemeinsame Interessen (wie im Fall der Europäischen Währungsunion) fördern und regulieren kann. Übernationale Körperschaften, die dem Gemeinwohl dienen sollen, werden von nationalen Regierungen ausgehandelt, deren Bestimmung es ist, dem nationalen Interesse zu dienen. Auch wenn das Instrument ungeeignet scheint, um das gewünschte Ziel zu erreichen, müssen wir das Beste daraus machen.

Der Erfolg der Union liegt in der Bereitschaft zur Solidarität

Für den Prozeß der Währungsunion ist es klar, daß die stärkeren europäischen Volkswirtschaften und Währungen zwangsläufig eine unverhältnismäßig größere Rolle spielen. Umgekehrt tragen sie daher verhältnismäßig auch mehr Verantwortung für den Erfolg der neuen gemeinsamen Währung. Es ist aber die wichtigste Aufgabe einer nationalen Zentralbank, Geldwert- und Preisstabilität im eigenen Land zu gewährleisten. Besonderes Gewicht könnte für ein Land mit einer starken Volkswirtschaft eine Versuchung darstellen, den kurzfristigen nationalen Vorteil zu suchen und gleichzeitig Schaden für die schwächeren Partner zu verursachen. Dabei sollte man jedoch ebenso nicht unterschätzen, daß auch die schwächeren Partner geschickt bestimmte Vorteile oder sogar auch Nachteile zugunsten ihres nationalen Interesses nutzen können.

Der Aufbau einer europäischen Währungsunion wird ein Prüfstein sein, an dem sich zeigt, inwieweit die europäischen Institutionen und Mitgliedsstaaten fähig sind, die Folgen eines neuen Zahlungsverkehrs zu akzeptieren, besonders wenn sie nicht länger eigenständig die Wechselkurse kontrollieren können. Das bedeutet aber auch, daß Ökonomen und Finanzexperten besonders sensibel für alle Folgen ihrer Entscheidungen sein müssen. Wechselkursschwankungen haben soziale Konsequenzen. Sie können Arbeitslosigkeit nach sich ziehen; sie haben Auswirkungen auf die sozial Gefährdeten. Letztlich können sie einem neuen Protektionismus Auftrieb verleihen, besonders dann, wenn Arbeitsplätze und der Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten – oft konzentriert in bestimmten Regionen – betroffen sind. Eine Volkswirtschaft wird auf lange Sicht nach ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung beurteilt. Und auch wenn sich die Ökonomen nicht immer direkt gegenüber der Bevölkerung zu verantworten brauchen, die politisch Verantwortlichen müssen das. Haushaltsplanungen in Wahljahren zeigen das. Die Europäische Währungsunion kann die Ausbeutung solcher durch Wahljahre bedingter Goldgruben etwas schwieriger machen!

Aus diesen eher umrißhaften Überlegungen können Sie erkennen, wie sich gewisse Orientierungslinien für das Han-

deln in dem neuen System herausbilden, das auf den gemeinsamen Anstrengungen aller Betroffenen basiert:

- Respekt vor der legitimen Autonomie der Wirtschafts- und Währungsinstitutionen gegenüber Eingriffen aufgrund kurzfristigen politischen Kalküls;
- der politische Wille aller Seiten, die eingegangenen Verträge zuverlässig und schlüssig anzuwenden;
- verantwortliche Rücksichtnahme auf die sozialen Folgen getroffener Entscheidungen und die Bereitschaft nachhaltig für die Absicherung der sich ergebenden Bedürfnisse vorzusorgen.

Ich habe zu zeigen versucht, daß die Währungs- und Wirtschaftspolitik nur ihre Ziele erreichen kann, wenn sie getragen wird von der Selbstverpflichtung aller Beteiligten. Folglich schließe ich mit der Bekräftigung, daß der Erfolg der Europäischen Währungsunion davon abhängt, inwieweit in ihr ein ethisches Prinzip zum Tragen kommt: das der Solidarität, das sich seinerseits als umsetzungsfähig erweist. Die Europäische Währungsunion wird, selbst aus einer rein technisch-wirtschaftlichen Perspektive gesehen, dann erfolgreich sein, wenn diejenigen, die sich zur Teilnahme entschlossen haben und denen sie auch zugestanden wurde, sich auf den Prozeß in einem solidarischen Geist einlassen und nicht nur aus engen Eigeninteressen.

Selbstverständlich setzen Führungspersönlichkeiten in der Kirche und die Verantwortlichen europäischer Entwicklungsorganisationen und sozialer Hilfswerke anders an, nämlich bei ihren konkreten Kontakten mit den Schwächsten und denen, die scheinbar nicht in den Genuß des größeren Wohlstandes gelangen, den der Prozeß der Europäischen Währungsunion hervorbringen kann. Zu oft neigen Akteure in Wirtschaft und Politik dazu, diesen Standpunkt als „alternativ“ abzutun, in einem abschätzigen Sinn des Wortes: Gut gemeint, aber nicht wirklich praktikabel. Die Sorge, den Menschen mehr und mehr ins Zentrum der Wirtschaft zu rücken, gilt als „berechtigtes moralisches Ansinnen“ oder als eine „humanitäre Angelegenheit“, die für das Zusammenleben in einer Gesellschaft zwar sinnvoll ist, sich jedoch in die „Realität“ der Wirtschaft nicht integrieren läßt. Das ist „business as usual“, und längerfristig werden, so hofft man, die Segnungen der Währungsunion mögliche kurzfristige Negativeffekte überwiegen

Aber es gibt genug Beispiele dafür, daß ein eher gefühlsbezogener, der Realität der Leidenden und an den Rand Gedrängten verpflichteter Blick auf wirtschaftliche Sachverhalte zu den Zusammenhängen hinter den üblichen Statistiken führt und sogar grundlegende Mängel in konkreten Wirtschaftsmodellen und in der Analyse wirtschaftlicher Systeme aufzeigen kann. Die unmittelbare Einsicht kann manchmal Statistiken widersprechen. Dies mag einigen als gefährlich, vor- oder sogar unwissenschaftlich erscheinen. Aber lassen Sie uns noch näher – unter doppelter Fragestellung – auf die persönlich-menschlichen Aspekte wirtschaftlicher Zusammenhänge eingehen, die oft genug nicht ausreichend beachtet werden. Aber sie können eine Herausforderung für die

kluge Alltagsvernunft sein, sich damit auseinanderzusetzen, wie sehr sich bestimmte wirtschaftliche Faktoren auf das Leben der Menschen auswirken. Zunächst stellt sich die Frage, was Kurzfristigkeit und Langfristigkeit in der heutigen Wirtschaftslage meint. Und zweitens sollten wir uns dem Problem der neuen wie alten Ungerechtigkeit widmen.

Häufig wird in der aktuellen Debatte über grundlegende Wandlungen im wirtschaftlichen Bereich in Rechnung gestellt, daß jede Veränderung kurzfristig Verlierer mit sich bringt. Die Geschwindigkeit, mit der heute Veränderungen im internationalen Wirtschaftssystem stattfinden, verlangt jedoch besondere Aufmerksamkeit für das, was kurzfristig heißt. Dies gilt hinsichtlich der Veränderungen in Europa ebenso wie für den Prozeß der Globalisierung überhaupt. Die Weiterentwicklung grenzüberschreitender Kommunikation bedeutet, daß es kein Zurück mehr gibt, weder was diese Geschwindigkeit betrifft noch hinter die Mobilität, die die weltweite Kommunikation fördert. Auch die Vorstellung von Geld hat sich gewandelt; von einer statischen, wonach Geld sicher unter der Matratze aufbewahrt werden kann, zu der heutigen, wonach Geld wirklich global und tatsächlich virtuell ist.

Auch die Kirche sieht sich herausgefordert durch die Geschwindigkeit, mit der heute Veränderungen verlaufen. Sie kann nicht länger darauf hoffen, auf aktuelle Prozesse mit ihren traditionellen, altherwürdigen, aber eben auch langwierigen Prozeduren und Reflexionsprozessen einwirken zu können. Es heißt ja, die Kirche denke in Jahrhunderten. Aber die Rasananz der technischen Entwicklung bringt es mit sich, daß Entwicklungen, die früher Jahrhunderte benötigten, heute eine Sache von Jahren, wenn nicht Monaten sind. Die Weisheit, die die Kirche über Jahrhunderte angehäuft hat, muß sich an die Schnelligkeit der Zeitläufte anpassen. Dieses Tempo läßt keine abwartenden Zuschauer mehr zu. Es bieten sich Vorteile für diejenigen, die sich in einer glücklichen Startposition befinden. Diejenigen, die sich hinter der Startlinie befinden, können geradeso gut bleiben, wo sie sind. Sie sind „Nicht-Starter“. Es ist sehr einfach, von „kurzfristigen Verlierern“ zu sprechen. Tatsache jedoch bleibt, daß ohne entschiedene Hilfe aus den kurzfristigen Verlierern langfristig Ausgeschlossene werden.

Genau das gilt für den globalen Markt. Vielfach schon wurde die Notwendigkeit direkter privater Investitionen beschworen als ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung der ärmsten Länder. Aber 90 Prozent dieser Investitionen fließen in etwa nur zwölf Länder, und nur ein winziger Teil davon in die ärmsten Länder, besonders in Schwarzafrika. Es ist zwar richtig, daß es erstmals seit Jahren Anzeichen für zunehmende Investitionen in Afrika gibt. Aber die Flüchtigkeit solcher Kapitalströme erlaubt nicht die Annahme, was sich gegenwärtig abzeichne, sei auch schon langfristig tragfähig. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Länder, deren Infrastruktur, auch die soziale, defizitär ist, auf lange Sicht hin ausgeschlossen bleiben werden, daß ihre Ungleichheit zu anderen eher noch wachsen wird.

Wird es auch kurzfristige Verlierer auf dem Weg in die Europäische Währungsunion geben, und welche Formen neuer Ungleichheit könnte sie hervorbringen? Die grundsätzliche Beobachtung, auf die ich bereits angespielt habe, scheint sich auch hier zu bestätigen. Diejenigen, die sich schon in einer guten Position befinden, werden Erfolg haben. Diejenigen, die in einer schwierigen Lage stecken, werden sich voraussichtlich in noch größeren Schwierigkeiten wiederfinden. Auf der einen Seite zeigt dies erneut, wie wesentlich alle Länder auf eine solide und tragfähige Politik vor Ort angewiesen bleiben. Aber es stellt sich auch die komplexere Frage der Umverteilung innerhalb des Systems zugunsten der kurzfristigen Verlierer. Wo immer möglich, sollte das Ziel dieser Umverteilung darin bestehen, jene Faktoren zu überwinden, die einen langfristigen Ausschluß verursachen, und zu helfen, politische Mechanismen zu installieren, die zu langfristiger Stabilität und Integration führen. In diesem Prozeß müssen alle Seiten fair spielen, muß gewährleistet sein, daß der Wettbewerb wirklich auf gleichmäßigem Spielfeld ausgetragen wird. Es geht wirklich um Solidarität, als ein Ideal, aber auch als ein umsetzbares Handlungsprinzip.

Wer von der Union profitiert, hat auch besondere Verantwortung

Ich habe zu zeigen versucht, daß Solidarität die Bindekraft, der Leim sein soll, der gebraucht wird, um die Europäische Währungsunion am Laufen zu halten, daß sie ebenso das Prinzip ist, aus dem heraus eine noch weiterreichende soziale und wirtschaftliche Integration innerhalb der Währungsunion entstehen kann. Aber taugt dieses Prinzip auch noch als Leitvorstellung für die Beziehungen zwischen der neuen Europäischen Währungsunion und dem Rest der Welt und besonders mit den ärmsten Ländern?

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten werden mit Sicherheit kräftig von den Investitionen profitieren, die ihnen in dem Maße zufließen werden, wie die Europäische Währung für viele Länder zur „Reserve-Währung“ werden wird, Seite an Seite mit Dollar und Yen. Der private Sektor in Europa wird am globalen Markt partizipieren können, auf der Grundlage einer starken und stabilen Währung und damit mit einem gewissen Schutz vor möglichen Schwankungen anderer wichtiger Währungen.

Aber mit den Gewinnen sind die europäischen Länder auch in Verantwortung genommen. Zweifellos werden viele Entscheidungen, die einseitig von den europäischen Währungsinstitutionen getroffen werden, schwerwiegende Folgen für andere Länder haben, besonders auch für die ärmsten. Man braucht nur daran zu denken, wie sich Zinsschwankungen auf die Auslandsverschuldung der ärmsten Länder auswirken.

Man wird mir entgegen, es sei für die europäischen

Währungsinstitutionen unmöglich, allen diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Aber Solidarität, die mehr ist als ein Lippenbekenntnis, verlangt für die Zukunft die Entwicklung von Präventiv-Übereinkommen zwischen den wichtigsten Volkswirtschaften, damit in der Praxis im erwünschten Sinne den Beziehungen zwischen den der Europäischen Währungsunion angehörenden Ländern und den ärmsten Rechnung getragen wird.

Zumindest braucht es eine bessere Kontrolle der Kapitalströme und der Kreditvergabe sowie größere Transparenz. Es genügt, daran zu erinnern, wie in der Vergangenheit durch unverantwortliche Kredit- und Darlehensgewährung ebenso wie durch unverantwortliche Kreditaufnahme und fehlende Ausgabendisziplin die Probleme der Auslandsverschuldung entstanden sind. Eine Kultur verantwortungslosen und risikoreichen Leihens führte letztlich in die Krisensituation, in der dann die stärkeren Volkswirtschaften aufgefordert wurden – in ihrem eigenen Interesse – zu intervenieren, zu klären und herauszuhelfen. Es sollte nicht außerhalb der Möglichkeiten der europäischen Währungsinstitutionen liegen, sich gleich von Anfang an auf innovative Modelle wirtschaftlicher Zusammenarbeit einzulassen, auf der Basis der Solidarität zwischen den armen und reichen Nationen. Hierin würde sich wirklich die von ihren Gründern intendierte europäische Idee authentischer widerspiegeln; diese dachten nicht an ein Europa als Festung oder als einen isolierten Block wohlhabender Nationen.

Langfristig gesehen gilt es sicherzustellen, daß wirtschaftliche Überlegungen nicht zur einzigen Triebfeder der Währungsunion werden, mehr noch, daß nicht die wirtschaftliche Dimension die Europäische Union überhaupt dominiert. Unter dem Hochdruck des „Countdown“ zur Einführung der Währungsunion hat man in vielen Ländern grundlegende soziale Belange – einschließlich einer internationalen Sozialpolitik – in den Hintergrund geschoben. Es steht zu hoffen, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handelt. Jedoch besitzen zeitlich beschränkte Maßnahmen die Tendenz, sich selbst zu institutionalisieren.

Ich habe bereits das 34. Kapitel der Enzyklika *Centesimus Annus* zitiert: „Der freie Markt ist das effizienteste Instrument zur Anlage von Ressourcen und einer wirkungsvollen Befriedigung der Bedürfnisse.“ Im gleichen Abschnitt bemerkt der Papst jedoch auch, daß „es viele menschliche Bedürfnisse gibt, für die es im freien Markt keinen Platz gibt“. Die kirchliche Soziallehre betont folglich, daß es in jeder Gesellschaft Bereiche geben muß, die in das Geschehen des Marktes eingreifen oder wenigstens dieses doch ergänzen, damit sichergestellt ist, daß menschliche Grundbedürfnisse geschützt und gefördert werden.

Wer aber wird diese Verantwortung in der entstehenden europäischen Gesellschaft übernehmen, und so, daß auch ihrer Einbindung in die Weltwirtschaft Rechnung getragen wird? Die sich im Übergang befindlichen Volkswirtschaften sind in der aktuellen Wirtschaftskultur die Hauptakteure, gelegentlich ausgestattet mit gößerer Macht als die Regie-

rungen, zumindest die der Entwicklungsländer. Die Gestaltung des spannungsreichen Prozesses zwischen der Aufrechterhaltung eines offenen Marktes für Waren, Dienstleistungen und Investitionen auf der einen Seite und der Notwendigkeit eine umfassende Zielvorstellung von Gemeinwohl und übernationale menschliche Grundbedürfnisse zu schützen auf der anderen, findet heute auf einem komplexen Terrain statt, oft außerhalb der Kontrolle und Kompetenz nationaler Regierungen beziehungsweise in unserem Fall der Europäischen Kommission. Wie lassen sich heute „übernationale, globale und gemeinsame Interessen“ identifizieren und definieren, wer ist für deren Schutz verantwortlich, und worin besteht die Verantwortung Europas?

Erneut stehen wir im Blick auf die Entwicklung der Europäischen Union, einem schon früher festgestellten Paradox gegenüber, das noch augenfälliger wird, wenn von weiterreichenden wirtschaftlichen Beziehungen die Rede ist. Es gibt übernationale, globale menschliche Interessen. Aber die entsprechenden internationalen rechtlichen Instrumente für deren Schutz sind immer noch im Vorgeburtsstadium. Es hat multilaterale Verhandlungen gegeben, holprige Versuche, eine Rahmenordnung für diese neue wirtschaftliche und soziale Situation zu etablieren. Es gibt Anzeichen, daß selbst dort, wo Regelsysteme existieren, diese nicht immer im Sinne wirklicher Gerechtigkeit angewandt werden; die überlegene Verhandlungsposition der starken Volkswirtschaften scheint tendenziell den Ausschlag zu geben. Das Fehlen eines international akzeptierten, angemessenen ethischen und rechtlichen Rahmens wird immer zulassen, daß die negativen Seiten des Marktes dominieren.

Mehr und mehr müssen wir uns dafür einsetzen, daß die menschliche Person im Mittelpunkt aller Aspekte des Entwicklungsprozesses steht, eingeschlossen die wirtschaftliche Entwicklung. Aber nur wo dies auch politisch gewollt und

entschieden ist, wird es allen Individuen uneingeschränkt vergönnt sein, die Fülle ihrer gottgegebenen Möglichkeiten zu realisieren, läßt sich eine menschengemäße Form von Entwicklung gewährleisten. Ein wirtschaftliches System, das eine große Zahl von Menschen aus dem Entwicklungsprozeß ausschließt, ist nicht wirklich menschengemäß. Die Investition in den Menschen bleibt wichtigste Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Auf lange Sicht gilt es zu zeigen, daß nicht der Markt die treibende Kraft jeder Wirtschaft ist. Der Markt ist nur ein Werkzeug. Die treibende Kraft sind die Initiative, Kreativität und die Arbeit der Menschen. Und da Initiative, Kreativität und Arbeit der Menschen den eigentlichen Rohstoff einer modernen Wirtschaft darstellen, bilden die Anliegen der Menschen heute das vorrangige gemeinsame Interesse. Wir waren beispielsweise fähig, Mechanismen zu entwickeln, um die Kosten für einen besseren Umweltschutz gerecht zu verteilen. Heute gilt es, Gleiches zu tun, um grundlegende menschliche Bedürfnisse und besonders die Bedingungen der Arbeiter zu schützen. Wettbewerbsfähigkeit und niedrige Lohnkosten sind wichtige Marktvorteile in jeder Volkswirtschaft. Aber diese müssen so entwickelt werden, daß Menschen nicht weniger gelten als die Wettbewerbsfähigkeit.

Wenn sie erfolgreich sein soll, braucht die Europäische Währungsunion eine Rahmenordnung wirkungsvoller Solidarität. In ein solches Rahmenwerk eingebunden wird sie wirklich den Gemeinschaftscharakter, den die Europäische Union für sich ja beansprucht, vertiefen können. Wenn sich der Geist der Solidarität keine Geltung verschaffen kann, dann wird die Währungsunion auf dem Treibsand nationaler und Gruppeninteressen gebaut. Die Folgen für die Menschen in Europa und für die Zukunft Europas selbst wären dann alles andere als hoffnungsvoll. *Diarmuid Martin*

Geht die Arbeit aus?

Wege zu mehr Beschäftigung in Deutschland

Das Thema Massenarbeitslosigkeit steht ganz oben auf der Tagesordnung. Wolfgang Klauder, bis zu seiner Pensionierung 1997 langjähriger Leiter des Bereichs „Mittel- und langfristige Vorausschau“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, analysiert die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und schlägt ein Maßnahmenbündel zu deren Überwindung vor.

Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland und weltweit Ausmaße erreicht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Gleichzeitig ist mit den neuen Informationstechnologien nunmehr nach der physischen Kraft auch die geistige Kraft in vieler Hinsicht durch die Maschine ersetzbar geworden. Dies ermöglicht weitere Automatisierungen und bedroht auch viele Ar-

beitsplätze in den Dienstleistungsbranchen. Die Überwindung der nationalen Grenzen durch die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, durch die weitgehende Liberalisierung der Weltwirtschaft und durch die billigen, schnellen Transportmöglichkeiten für Menschen und Kapital, Produkte und Informationen verstärkt nicht nur den internatio-